

DIE LINKE muss sich nicht verstecken!

Zwischenbilanz rot-roter Regierungszusammenarbeit

Die Opposition, und hier vor allem die CDU, versucht im Landtag alles, um die rot-rote Regierung zu Fall zu bringen. Immer wieder werden angebliche Skandale ans Tageslicht gezaubert, um die Unfähigkeit der Landesregierung zu belegen. Auch die ganze Stasi-Debatte und die vermeintliche Aufarbeitung der 90er Jahre verfolgt kein anderes Ziel. Dabei vergisst die CDU, dass sie 10 Jahre in Verantwortung war und alle Möglichkeiten hatte, Mitarbeiter zu überprüfen, bei denen ein Stasi-Hintergrund vermutet wurde. Aus gutem Grund hat sie es nicht getan! Allein

daran wird deutlich, dass es nicht um Aufarbeitung geht, sondern um politische Instrumentalisierung. Dass dies Wählerinnen und Wähler aber kaum interessiert, zeigen die Umfrageergebnisse: 57 Prozent der Befragten sind mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden oder sehr zufrieden, 20 Prozent mehr als im Februar 2010. Damit das so bleibt, werden wir unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit fortsetzen und das umsetzen, was mit dem Koalitionsvertrag „Gemeinsinn und Erneuerung – ein Brandenburg für alle“ vereinbart wurde.

Wir brauchen uns mit dem, was wir bisher erreicht haben, nicht zu verstecken.

HAUSHALT 2012

Wir legen auch im Haushalt 2012 einen Schwerpunkt auf die Bildung. Einen Teil der Steuermehreinnahmen werden wir für die Senkung der Nettokreditaufnahme verwenden. Die CDU fordert für diesen Zweck den Einsatz sämtlicher Steuermehreinnahmen. Aber trotz dieser Steuermehreinnahmen bleibt ein Defizit von 119 Millionen Euro, zudem sind Mehrbelastungen zu bewältigen. Dazu gehört, dass zum ersten Mal im Land Brandenburg das Tarifergebnis für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst 1:1 auf die Beamten übertragen wird, was mit rund 100 Millionen Euro zu Buche schlägt. Damit erfüllen wir ein Versprechen aus dem Wahlkampf 2009 und eine Forderung der Gewerkschaften. So etwas war bisher – mit einer CDU in Landesverantwortung – nicht zu machen. Zu den Belastungen gehören aber auch etwa 86 Millionen Euro, die durch die Altanschießer-Regelung zu erwarten sind. Hier haben wir einen Dissens mit der SPD. CDU und SPD

haben 2004 und 2007 mit den Novellen des Finanzausgleichsgesetzes dafür gesorgt, dass auch Altanschießer aus DDR-Zeiten an den Beiträgen für neue Abwasseranlagen beteiligt werden. Wir wollten immer eine Stichtagsregelung zum 31.12.1990, die von diesen Beiträgen befreit. Jetzt muss es zumindest darum gehen, dass von der Möglichkeit der Senkung der Beiträge Gebrauch gemacht wird.

FÜR STARKE KOMMUNEN

Mit dem Gesetz über die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen leisten wir einen Beitrag für starke Kommunen. Das hilft auch der Stadt Brandenburg an der Havel. 2011 stiegen die Schlüsselzuweisungen um rund 87 Millionen Euro. Die kreisfreien Städte erhalten 14 Millionen Euro mehr und die Landkreise zusätzlich 10 Millionen. Reiche Kommunen werden ab 2012 erstmals Ausgleichsabgaben für arme Gemeinden zahlen und für Kommunen mit besonders hohen Bevölkerungsrückgängen wird ein Demografiefaktor bei der Berechnung der Landeszuschüsse eingeführt. Ebenfalls ab 2012 wird Rot-Rot die Zusammenarbeit der Kommunen mit 10 Millionen Euro fördern und neue Fusionen auf freiwilliger Grundlage anstoßen.

GLEICHSTELLUNG UND SENIORENPOLITIK

Wir haben das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm 2011 - 2014 auf den Weg gebracht, das seniorenpolitische Programm wurde aktualisiert. Hier wird mit mehr als 40 Projekten ein „aktives Altern in Brandenburg“ unterstützt und die aktive Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bürgerschaftlichen Leben ermöglicht und gefördert.

Fortsetzung Seite 6

FRIEDENSFEST
2. September 2011
14 - 20 Uhr
am Rathaus Zehlendorf

14.00 Uhr: Eröffnung
15.00 Uhr: Ulrich Maurer (MdB)
15.30 Uhr: Frauke Fehrman & Band (Chansons)
16.30 Uhr: Reiner Braun (ILANA)
17.30 Uhr: Uwe Hiksich (Naturfreunde)
18.30 Uhr: Kaveh (RAP)

Veranstalter: DIE LINKE, Steglitz-Zehlendorf | DIE LINKE, Potsdam-Mittelmark

Anlässlich des Berliner Wahlkampfes findet das gemeinsame Friedensfest des Bezirksverbandes der LINKEN Steglitz-Zehlendorf und des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark in diesem Jahr am Rathaus Zehlendorf statt. Ab 14 Uhr gibt es am 2. September viel Kultur, u.a. mit Frauke Fehrman & Band (Chansons) und dem deutsch-iranischen Rapper Kaveh. Neben Ulrich Maurer (MdB) und Uwe Hiksich (Naturfreunde) stehen die Kandidat/innen der LINKEN Steglitz-Zehlendorf für Gespräche zur Verfügung.

Mit der Stasi-Keule

Die Fraktion LINKE/BündnisGrüne in der Stadtverordnetenversammlung Teltow hat einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Für die nächsten zwei Jahre übernimmt

Dr. Wolfgang Köhn den Fraktionsvorsitz.

Zum Stellvertreter wurde **Eberhard Adenstedt** (B90/Grüne) gewählt. Köhn will künftig „die Basis der Partei stärker in die kommunalpolitische Arbeit einbeziehen.“

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause wurde im Kreistag eine Abstimmung über Konsequenzen aus der „Stasi-Verstrickung“ der Abgeordneten Sieghard Rabinowitsch und Bernd Lachmann aus der Linksfraktion herbeigeführt. Eine Kommission unter Leitung von Ex-Landrat Lothar Koch hatte empfohlen, über eine Aufforderung zur Niederlegung des Mandats abzustimmen. Eine Mehrheit des Kreistages hat sich in beiden Fällen dafür ausgesprochen, bei Lachmann mit 18 zu 14 Stimmen und bei Rabinowitsch mit 25 zu 9 Stimmen bei einigen Enthaltungen.

Entscheidungsgrundlage war ein Kommissionsbericht, der voller subjektiver Wertungen und Mutmaßungen steckt. Ein faires und objektives Verfahren war nicht gegeben. Eine ausführliche Stellungnahme dazu ist auf der Internetseite der Kreistagsfraktion der LINKEN nachzulesen.

Dass es auch anders geht, kann man ausgerechnet anhand des Berichtes der Kommission des Bundestages zur MfS-Tätigkeit des Landesvorsitzenden der LINKEN, Thomas Nord, studieren. Im Unterschied zu

Ex-Landrat Koch hält man sich dort an die Fakten und gesetzlichen Grundlagen und verzichtet auf Unterstellungen und Spekulationen über die rechtsstaatliche Gesinnung.

Die Fraktion DIE LINKE sieht in beiden Fällen keinen Grund für eine Mandatsniederlegung. Sieghard Rabinowitsch hat seine hauptamtliche MfS-Tätigkeit schon lange offengelegt. Sie war den Wählerinnen und Wählern auch aus der Presse hinlänglich bekannt. Im übrigen sprechen zwei Jahrzehnte engagierte kommunalpolitische Arbeit nach der Wende in Wiesenburg für ihn.

Bernd Lachmann war nicht der IM, zu dem ihn die Kommission gerne machen möchte. Die „Verpflichtungserklärung“, die suggeriert wird, war eine Schweigepflichterklärung über seine Vernehmung zu einem Geheimnisverratsfall in seiner NVA-Dienststelle.

Beide Abgeordnete werden dem Kreistag und der Fraktion DIE LINKE weiter angehören. Die Abstimmung des Kreistages hat keine verbindlichen Folgen. ▲

Wolfgang Erlebach

Kreiszuschuss zu niedrig

Musikschule wird vom Kreis knapp gehalten

Wer kennt sie nicht die Musikschule „Engelbert Humperdinck“. Über 3800 Schülerinnen und Schüler aller Generationen besuchen die Kreismusikschule.

Am 1. August 2005 schlossen sich Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule zusammen. Als kreiseigene GmbH erhält der Träger sowohl vom Landkreis Potsdam-Mittelmark als auch vom Land Brandenburg Zuschüsse zum Jahresetat. Drei Geschäftsstellen im Kreis organisieren an 33 Unterrichtsorten mit ca. 115 Musikpädagog/innen die Förderung von Kindern im Vorschulalter bis hin zu Senioren gemäß deren individuellen Möglichkeiten und führen sie zum gemeinsamen Musizieren.

Die Musikschule leistet mit vielen Auftritten, Veranstaltungen und Konzerten einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben im Landkreis. Musikschulen leisten aber auch einen wichtigen Bildungsbeitrag in der Musikalischen Früh-

erziehung.

„Ab dem Alter von 4 Jahren können die Kinder sich in die Welt der Töne durch aktives Tun im Bereich des Singens, Hörens, Musizierens, Bewegens und Gestaltens begeben. In Gruppen von 10 bis 12 Kindern wird gemeinsam gesungen und musiziert. Jede Woche erleben der Musikater, die Singemaus und ihre Freunde neue Abenteuer im Land der Klänge und nehmen die Kinder dabei mit“, heißt es im Internet-Auftritt der Kreismusikschule (www.kms-pm.de/grundstufe.php#frueherz).

Obwohl die Warteliste mit über 400 Menschen sehr groß ist, hat sich in den letzten Jahren der Zuschuss des Landkreises nur auf Grund der Mieterhöhungen verändert. Der im Vergleich mit den Nachbarkreisen und kreisfreien Städten finanziell gut aufgestellte Landkreis Potsdam Mittelmark hat mit der großen Koalition immer wieder verhindert das ein angemessener finanzieller Zuschuss an

die Musikschule fließt, obwohl seit 2005 die Teilnehmerzahl um 35 Prozent zugenommen hat. Ein umfassender Teil der Mieterhöhungen, die die Kreismusik- und Kreisvolkshochschule zu tragen haben, wurde über eine Erhöhung der Teilnahmegebühren und die erweiterte Anzahl der Teilnehmer erzielt. Der Landkreis bezuschusste 2009 die Musikschule mit nur 2,31 Euro je Einwohner. Potsdam und die Stadt Brandenburg geben 7,19 bzw. 6,66 Euro je Einwohner aus. Der Kreis hat auf Kosten der Mitarbeiter und Honorarkräfte der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule gespart. Im Gegensatz zu den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg hat der Landkreis bis zum letzten Jahr keine Gehälter angepasst. Die durchschnittliche Differenz zum Tarifvertrag lag im letzten Jahr schon bei 17-18 Prozent.

Die Bezuschussung durch das Land erfolgt eigentlich nur, wenn der Träger, also der Kreis, 40 Prozent

Linksfraktion in Petzow begrüßt

Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE der SVV Werder (Havel)

„Die LINKE wird weiterhin als Kämpferin für eine soziale Infrastruktur erkennbar bleiben“, so ein Fazit der Klausur der Fraktion der LINKEN von Werder (Havel). Sie wird sich auch um die Menschen kümmern, die in unserer Gesellschaft an den Rand gedrückt werden und Hilfe bedürfen. Das Schließen, eine sozialverträgliche Elternbeitragssatzung, Schulsozialarbeiter für alle Schulen, ein kostenfreies letztes Kita-Jahr bleiben Schwerpunkte des Handelns der Fraktion. Wie es in dieser Richtung vorangeht, daran wird letztlich die soziale Kompetenz der Stadt Werder messbar sein. Zu Fragen der weiteren Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus, des Tourismus, des Stadtwaldes wird die Fraktion im 2. Halbjahr mit Vertretern der Stadt beraten und daraus schlussfolgernd Maßnahmen vorschlagen.

der Gesamtausgaben der Musikschule übernimmt. 2010 waren das nur 23 Prozent der Gesamtausgaben. Leider hat das Land seine Forderung noch nicht durchgesetzt. DIE LINKE-Fraktion im Kreistag hat in jedem Jahr bei der Haushaltsdiskussion des Kreises oder im Aufsichtsrat der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule die Probleme angesprochen. Seit einigen Monaten ist nun Bewegung auch in den anderen Fraktionen zu spüren.

Wir werden uns auch in den Gesprächen zum Haushalt 2012 verstärkt für die schnelle Anpassung des Kreiszuschusses an die Gesamtausgaben einsetzen. Dann bleibt der gesetzliche Landeszuschuss erhalten, die Mitarbeiter werden nach Tarif bezahlt und wir kommen unseren Wunsch näher, jedem Kind der Vorschule eine musikalische Früherziehung zu ermöglichen. ▲

Harald Mushack

Ortsvorsteher Bernd Hanike aus Petzow informierte DIE LINKE der Stadtverordnetenversammlung Werder anlässlich der Fraktionsklausur über die Arbeit des Ortsbeirates Petzow.

Dabei konnte er auf eine erfolgreiche Bilanz der letzten Jahre zurückblicken. Unter anderem wurden solche Projekte angeschoben und verwirklicht wie die Wiederherstellung der Erbbegräbnisstätte im Schlosspark, die Anbringung einer Gedenktafel am Andenkenhaus oder die Bürgerveranstaltungen des Ortsbeirates.

Als nächstes größeres Projekt hat sich der Ortsbeirat die Errichtung einer Gedenkstätte für den seinerzeit lange in Petzow lebenden Komponisten Carl-Friedrich Zelter vorgenommen.

Die größte Sorge für den Ortsbeirat ist der Zustand des Schlosses und die seit Jahren andauernde Ungewissheit, wie es weitergehen soll. Sehr erfreut ist der Ortsbeirat, dass aus Mitteln des Konjunkturpaketes eine neue Orgel in der Kirche eingebaut und zu Pfingsten 2011 eingeweiht wurde. ▲



Foto: Vehlrow

Werder/Havel – Mitglieder der Linksfraktion des Kreistages Potsdam-Mittelmark überreichten der Tee- und Wärmestube in Werder eine Spende in Höhe von 200 Euro und unterstützen damit die regionale Einrichtung für sozial Bedürftige. „Es ist ein zunehmender Andrang bei der Verteilung von Lebensmitteln der Potsdamer Tafel zu verzeichnen“, betonte die Leiterin Martina Müller bei der Nennung der Sorgen und Nöte. Die Bedürftigkeit durchzieht alle Altersgruppen: Alleinstehende mit Kindern, Verheiratete, Ältere und zunehmend auch Jüngere. Etwa 700 Bürgerinnen und Bürger werden durch die Einrichtung in Werder im Monat betreut. Und die Zahl nimmt stetig zu. Positiv bewertete die Leiterin die sich gut entwickelnde Zusammenarbeit mit der Mittelmärkischen Arbeitsgemeinschaft zur Integration in Arbeit (MAIA) Potsdam-Mittelmark, die zukünftig als Optionskommune arbeiten wird.

Bürgerinnen und Bürger, die aktiv helfen wollen, können Spenden, u. a. Haushaltsmittel wie Waschpulver und Badeartikel, Lebensmittelkonserven und natürlich Geldspenden der Tee- und Wärmestube unter 03327/668793 anbieten.

Matthias Platzeck, Chef der rot-roten Landesregierung hat im Interview mit der Lausitzer Rundschau die **CCS-Technologie zur Kohlendioxid-Verpressung für beendet erklärt**. Da der Bund keine gesamtdeutsche Grundlage schaffe, „findet diese Technologie vorerst nirgendwo statt“, sagte Platzeck. Er erklärte, dass es „auf keinen Fall“ einen Alleingang Brandenburgs gebe.

Die **Beeskower Linke begrüßt** zwar, dass die Landesregierung wegen der Ausstiegsklausel gegen das CCS-Gesetz gestimmt hat, „aber es ist für uns **nicht hinnehmbar, dass eine rot-rote Regierung die Meinung und die Interessen der Bürger weniger respektiert als die CDU-Regierungen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein**“, heißt es in einem Brief, den die Mitglieder verabschiedet und an ihre linken Minister, die Fraktion und den Landesvorstand geschickt haben.

Zum Schulbeginn 2013 fertig Stahnsdorfs Gymnasium droht Provisorium

„Mit Befremden“ hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag, **Stefan Ludwig**, zur Kenntnis genommen, dass der **Rundfunk Berlin-Brandenburg** (rbb) am 27. August drei Stunden lang die **Hochzeit des UrUrenkels** des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. übertragen will. „Es wäre besser, die Finanzmittel in eine häufigere und intensivere Regionalberichterstattung, in mehr Bürgerbeteiligung in TV und Radio, eine bessere Programmaufbereitung für Menschen mit Behinderungen oder auch eine vielfältigere Politik- und Parlamentsberichterstattung zu investieren.“



Foto: Ugo Böhlefeld

Im Strategiepapier der Kreisverwaltung für 2012, das dem Kreistag am 23. Juni zur Beschlussfassung vorlag, war zum Fertigstellungstermin für das neue Gymnasium Stahnsdorf nur lapidar „2013“ zu lesen. Wird das Gymnasium nicht zum Schuljahresbeginn 2013/14 fertig, reichen die Räume für den Normalbetrieb nicht. Es

müssten dann für viel Geld im Provisorium in der ehemaligen Berufsschule des „CvO“ in der Oderstraße weitere Räume für das Gymnasium umgebaut werden.

Der Abgeordnete Thomas Singer wurde von einem Elternvertreter auf diese drohenden Mehrkosten aufmerksam gemacht. Die Forderung der Fraktion DIE LINKE nach einer entsprechenden Konkretisierung war bereits Anfang Juni im Innenausschuss von den Abgeordneten der anderen Fraktionen unterstützt worden. Das führte leider zu keiner Veränderung in dem Strategiebeschluss-Papier

2012, das dem Kreistag nun vorlag. Auf Antrag der Fraktion DieLinke beauftragte der Kreistag nun die Verwaltung, den Neubau rechtzeitig zum Ende des Schuljahres 2012/2013 zu übergeben, damit während der Sommerferien das Schulteam den neuen Bau für den Beginn des Schuljahres 2013/2014 vorbereiten kann. ▲

Keine Sendezeit hat der **rbb** indes für DIE LINKE im **Berliner Wahlkampf**. Während SPD, Grüne und CDU ihre Spitzenkandidat/innen im so genannten öffentlich-rechtlichen Fernsehen in TV-Duellen produzieren dürfen, wehrt der rbb dem Spitzenkandidaten der Berliner LINKEN gleiches Recht. Der Einschätzung des Senders zufolge gebe es lediglich zwei Herausforderer im Kampf um das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

DIE LINKE fordert Klarheit Zukunft der Förderschule Kleinmachnow weiter ungewiss

Die Zukunft der Förderschule Kleinmachnow war leider kein Thema im Bericht des Landrates an den Kreistag am 23. Juni.

Die Abgeordnete und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Lisa Stoof, informierte darum den Kreistag, dass das Team der Förderschule Kleinmachnow ein anspruchsvolles Konzept für die Weiterentwicklung ihrer Schule - auch in Richtung Inklusion - erarbeitet hat. Das hatte die Fraktion DIE LINKE bei einem Vor-Ort-Besuch in der Schule in Kleinmachnow erfahren. Warum der

Landrat in seinem Bericht darauf nicht einging, bleibt unklar. Stoof fragte zudem nach, wieso ein „Wettbewerber“ ohne Autorisierung durch den Landkreis interne Zahlen von der Rektorin verlangen dürfe. Damit verfestigte sich bei den Abgeordneten die Befürchtung, die der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Dr. Martin, bereits in der Ausschusssitzung im März geäußert hat: Verwaltungen nutzen gern die Sommermonate, um Tatsachen zu schaffen; in dieser Zeit können weder die Betroffenen noch die Abgeordneten reagieren. Das ausdrückliche Ziel aller

Man spricht „denglisch“

Vor Jahren gab es mal einen Antrag im Kreistag, dass man sich einer verständlichen Sprache bedienen solle. Beschluss geworden? Die Anträge der Verwaltung sind sprachlich in der Tat besser geworden, was nicht heißt, dass sie jetzt einfacher lesbar sind. Offensichtlich will die Verwaltung nun ihre Modernität dadurch beweisen, dass verstärkt Anglizismen verwendet werden, also immer wieder Bestandteile und Schlagwörter aus der englischen Sprache Verwendung finden. Das ist zwar nicht mehr „in“, also nicht mehr der Trend, wo selbst McDonald mehr und mehr auf deutsche „Slogans“ zurück greift, weil die Zielgruppe des Bulettenbraters die englischen Begriffe in der Werbung nicht versteht. Das jedoch scheint in der Kreisverwaltung noch nicht angekommen zu sein. Also gar nicht erst mit „Medical Task Force“ anfangen - sondern vielleicht Katastrophennotfalltruppe schreiben...? Wenn's nicht passt, kann man ja im Deutschunterricht einen Wettbewerb um den besten Begriff ausschreiben.

Thomas Singer

Abgeordneten in Sachen Förderschule Kleinmachnow ist aber, in der Region ein vom Landkreis getragenes Bildungsangebot für Schüler mit Förderbedarf zu sichern. Schließlich wohnt hier ein Viertel der Einwohner des Kreises. Damit fällt rein rechnerisch auch ein Viertel des Förderbedarfs an. Für die hartnäckigen Nachfragen bekam Lisa Stoof Beifall aus allen Fraktionen. Der Landrat sicherte dem Kreistag zu, dass er von diesem Ansatz ausgeht. Die Fraktion DIE LINKE ließ das sicherheitshalber zu Protokoll nehmen. ▲

Sozial verträgliche Gebühren schaffen

Kreistagsabgeordneter Lachmann über die KiTa-Gebühren im Landkreis

Im Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg ist die Sicherstellung sozialverträglicher Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder verankert. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgabe in den Städten und Kommunen liegt in deren Verantwortung, ist aber auch eine Angelegenheit der Landkreise. Im Jugendhilfeausschuss des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurde unter Hinzuziehung von Sachverständigen fast ein Jahr lang debattiert, was unter sozialverträglich und zumutbar zu verstehen ist. Im November 2010 fasste der Ausschuss mehrheitlich einen Beschluss, der Kriterien für künftige Kita-Gebührensatzungen verbindlich regelt.

Es soll Schluss damit gemacht werden, dass jede Kommune selbst definiert, was unter sozialverträglich zu verstehen ist. Nach wie vor stößt die Umsetzung dieses Beschlusses auf großen Widerstand mancher Bürgermeister und Amtsdirektoren. Die Senkung der KiTa-Gebühren für geringverdienende Eltern würde zu großen Einnahmeverlusten in den kommunalen Haushalten führen und könne auch nicht durch Erhöhung der Elternbeiträge für Besserverdienende ausgeglichen werden. So findet man in derzeit gültigen Satzungen noch immer zu hohe Mindestbeiträge. Laut gültigem Beschluss des Jugendhilfeausschusses dürfte z.B. für eine Familie mit einem Einkommen bis 1.469 Euro bei einer 6-stündigen Betreuung eines Kindes maximal 15 Euro Beitrag erhoben werden. Die Praxis zeigt aber, dass gegenwärtig bis zu 68 Euro verlangt werden. Die Betroffenen könnten sich ja die Mehrbelastung vom Landkreis erstatten lassen und außerdem berufe man sich auf das Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Die Einmischung des Landkreises verstoße gegen dieses Prinzip.

Es ist klar erkennbar, dass die immer größer werdenden finanziellen Probleme von Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen auf dem Rücken der sozial Schwächsten ausgetragen werden. Ich sehe da Griechenland vor mir. Das Land ist pleite und gespart werden soll

ganz unten. Aber dort ist offensichtlich nichts mehr zu holen und deshalb wehrt sich die griechische Bevölkerung bis hin zum Generalstreik. Bei uns ist der Leidensdruck offensichtlich noch nicht groß genug.

Dennoch soll die Kluft zwischen arm und reich nicht noch größer werden. Ich habe im Mai eine schriftliche Anfrage an den Land-



Foto: Jürgen Strauß

rat gestellt, wie der Stand der Umsetzung sozialverträglicher Satzungen in den Kommunen ist. Einige Auszüge aus der schriftlichen Antwort von Landrat Blasig:

- Schwielowsee hat die Kriterien berücksichtigt
- Havelsee und Treuenbrietzen

lassen neue Satzungsentwürfe derzeit vom Landkreis prüfen

- Nuthetal und das Amt Brück haben neue Satzungen in Angriff genommen und Rücksprachen mit dem Landkreis genommen.

- Die Kommunalaufsicht kann Satzungen von Kommunen, die geforderte Kriterien nicht umsetzen, als rechtswidrig beanstanden und deren Aufhebung verlangen. Die kommunalen Träger können sich dabei nicht auf das Recht auf kommunale Selbstverwaltung berufen.

- Am 01.12.2010 wurden die Ämter, Gemeinden und Städte über den Beschluss des Jugendhilfeausschusses informiert. Der Landkreis hat in Trägerberatungen um eine zeitnahe Umsetzung des Beschlusses gebeten. Man habe aber Verständnis, dass diese Umsetzung mit einer umfangreichen

Die wechselvolle Geschichte des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin-Mitte zeichnet Ronald Friedmann im Buch „Die Zentrale. Geschichte des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses“ nach. Dabei widmet er fünf von elf Kapiteln den der Zeit, in der das Haus eine zentrale Rolle in den politischen Auseinandersetzungen spielte - den Jahren von 1926 bis 1933. Das Buch ist im Berliner Karl Dietz Verlag erschienen. 160 Seiten, 9,90 Euro, ISBN: 978-3-320-02254-9

Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der LINKEN und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, hat die Bundesregierung aufgefordert, den Jobcentern die **skandalösen und rechtswidrigen Androhungen von Leistungskürzungen** zu untersagen. Die Jobcenter hatten Hartz-IV-Bezieher mit Kürzung gedroht, wenn für beantragte Leistungen aus dem Bildungspaket keine Nachweise z.B. über Schulmittagessen vorliegen.

Verwaltungsarbeit verbunden sei und auch einer angemessenen Zeit bedürfe.

Ich bitte alle Mitglieder unserer Partei, insbesondere aber die Abgeordneten in den Kommunalvertretungen, diesbezüglich „hart am Ball zu bleiben“. ▲

DIE LINKE muss sich nicht verstecken!

Fortsetzung von Seite 1

VERGABEGESETZ – SCHRITT IN RICHTUNG MINDESTLOHN

Wir haben das Vergabegesetz auf den Weg gebracht, um zu gewährleisten, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Anbieter vergeben werden, die einen Lohn zahlen, von dem man auch leben kann. Im Entwurf stehen noch 7,50 Euro, aber wir wollen das im parlamentarischen Verfahren auf 8,50 Euro anheben, so wie es der DGB fordert. Dabei wissen wir, dass dies nur der Einstieg sein kann. Letztlich werden

Logistik, Informations- und Kommunikationstechnik, Medien, Kreativwirtschaft, optische Technologien sowie Mikrosystemtechnik. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen hat die neue Förderstrategie über revolvierende Fonds eine besondere Bedeutung. Sie können zinsgünstige Darlehen erhalten, um den Betrieb auf den Weg oder über eine Durststrecke zu bringen. Sobald sie schwarze Zahlen schreiben, erfolgt die Rückzahlung und das Geld steht erneut zur Verfügung.

Revierpolizisten werden wie bisher ihren Dienst vor Ort leisten. Die Stadt Brandenburg ist in der komfortablen Lage, dass sie eine Direktion bekommt, wo alle Bereiche der Polizei vertreten sein werden. Die Polizei steht immer erst am Ende einer negativen Entwicklung. Wichtig ist deshalb, dass im Rahmen der kommunalen Kriminalitätsverhütung in der Stadt alle Potentiale gebündelt werden, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Dabei müssen auch die Bürgerinnen und Bürger aktiv



Der Autor, **Dr. Andreas Bernig**, ist Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag



Foto: Jürgen Strauß

„Inklusion - auch auf dem Arbeitsmarkt“ hat der Sprecher der Menschen mit Behinderung angesichts der Veröffentlichung der letzten Arbeitsmarktdaten für das Land Brandenburg gefordert. Es sei auffällig, dass Menschen mit Behinderungen schon beim Eintritt in die Arbeitslosigkeit mit komplexeren Vermittlungshemmnissen konfrontiert seien.

wir weiter darum kämpfen müssen, einen gesetzlichen Mindestlohn politisch durchzusetzen. Wichtig für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ist auch die gemeinsame Innovationsstrategie mit Berlin. Sie zielt darauf ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen zu stärken. Unterstützt werden Bereiche mit einem hohen Entwicklungspotential wie Gesundheitstechnik, Energietechnik, Verkehr, Mobilität und

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT WIRD GEWÄHRLEISTET Die Polizeireform mit den schmerzlichen Personalkürzungen hat viel Wirbel gemacht, die CDU hat nichts unversucht gelassen, den Untergang des Abendlandes zu verkünden. Der neue Innenminister hat es jedoch verstanden, durch Einbeziehung der Beteiligten eine Struktur zu entwickeln, die die Polizeipräsenz in der Fläche gewährleistet. Die bisherigen 1870 Streifenpolizisten und die 549

einbezogen werden, so wie es Oberbürgermeisterkandidat Alfredo Förster in Brandenburg in seinem Wahlprogramm vorgesehen hat. ARBEIT STATT ARBEITSLOSIGKEIT FINANZIEREN Leider lassen sich nicht immer alle politischen Vorhaben realisieren, vor allem, wenn man von Partnern abhängig ist. So geht es uns mit



unserem Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) und dem Programm „Arbeit für Brandenburg“. Das Land stellt dafür 40 Millionen Euro bis 2014 zur Verfügung. Wegen der erheblichen Kürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit können wir aber nicht jene Stellenzahl erreichen, die wir uns zum Ziel gesetzt hatten. Auf Bundesebene werden wir weiter dafür eintreten, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Im Land werden wir überlegen, wie die vorgesehenen 40 Millionen Euro sinnvoll im Bereich der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt werden können.

VOLKSINITIATIVE SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT

Die LINKE in Brandenburg ist für Schulvielfalt inklusive freier Schulen. Diese ist aus unserer Sicht im Land auch gegeben. Während zwischen 2004 und 2008 fast 200 öffentliche Schulen geschlossen wurden, wurden fast 50 Schulen in freier Trägerschaft zugelassen. Heute gibt es bereits 166 Schulen in freier Trägerschaft. Wir gehen weiter davon aus, dass Bildung in erster Linie eine Angelegenheit der öffentlichen Daseinsvorsorge ist und dementsprechend in allen Landesteilen ein öffentliches Angebot vorgehalten werden muss. Darüber hinaus müssen öffentliche und private Schulen annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen haben (nicht aber z.B. vorgeschriebene Klassengrößen und Mindestschülerzahlen bei öffentlichen Schulen bei freier Disposition darüber in freien Schulen), und die einen dürfen nicht auf Kosten der anderen „ausgeblutet“ werden. ▲



Foto: Reinhard Frank

Liebevoll umsorgt genossen 19 saharische Kinder aus den Flüchtlingslagern der Westsahara unbeschwerte Ferientage in Teltow. Betreut von Margot Käbler, der Vorsitzenden des Vereins „Salma - Hilfe für saharawische Flüchtlingskinder e. V.“ sowie einem Betreuer aus der Sahara sind diese Kinder regelmäßig zu Gast in der Stadt. Am 4. August wurden sie von der LINKE in Teltow mit Unterstützung aus dem Kreis und aus Stahnsdorf beglückt. Mit Spielen, Unterhaltung durch „Zauberleute“ sowie der Übergabe von Präsenten, die aus dem Erlös der Spendensammlung vom 1. Mai gekauft wurden, erlebten die Kinder einen bunten Nachmittag. Als Gast konnte auch der Staatssekretär für Jugend und Sport bei der Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Mohamed Mouloud Fadel, begrüßt werden.

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Nachdem die Privatisierung des **Kreiskrankenhauses in Bad Belzig** gegen den Widerstand der LINKE 2007 beschlossen und das Haus an die Johanniter verkauft wurde, kam es nicht mehr aus den Negativschlagzeilen. Patientenrückgang, Kündigungen, rote Zahlen ... Nach wie vor ungeklärt sind alle Fragen im Zusammenhang mit ehemaligen und aktuellen „Beratern“ des Landkreises. Ebenso ungeklärt die Frage, ob es aus der Verwaltung Hilfestellung für die Kreuzträger gab. Vor allem die **Zukunft** des Krankenhausstandortes Bad Belzig ist **ungeklärt**. Jetzt wird die Öffentlichkeit von der Nachricht überrascht, dass sich Johanniter und Landkreis gegenseitig verklagen. Zudem bearbeitet die für Korruption zuständige Schwerpunktstaatsanwaltschaft Neuruppin die **Strafanzeige** eines ehemaligen Krankenhausmitarbeiters wegen Verdachts auf **Korruption** bei der Privatisierung. Es wird Zeit, Licht in das Dunkel zu bringen und die Rolle von wichtigen Beteiligten beim Verkauf des Kreiskrankenhauses an die Johanniter aufzudecken.

LESERBRIEF

Ich freue mich immer, wenn ich die aktuelle Ausgabe der MML bekomme. Da wir hier auf dem Land aber fast alle unserer Informationen zum großen Teil aus dem Internet beziehen, ist es m.E. an der Zeit, für interessierte BürgerInnen die Zeitung auch immer

aktuell auf die Internetseite zu stellen. Z.Zt. gibt es dort nur die Ausgabe Jan./Febr.2011.

Es wäre schön, wenn wir in PM einen Online-Auftritt wie z.B. DIE LINKE Thüringen hätten. Die Informationen von BürgerIn zu BürgerIn klappen dann einfach schneller und sicherer. Dürfen

wir in PM- Borkwalde hoffen??

Monika Augele, Borkwalde

Die Redaktion bedankt sich für die Zuschrift. Wir werden die mml künftig wieder im Internet bereitstellen.

Wiesenburg, ein Dorf mit Zukunft

Über das bekannteste Dorf Potsdam-Mittelmarks

Wiesenburg, mit rund 1300 Einwohnern der größte der 14 Ortsteile der Gemeinde Wiesenburg/Mark, liegt rund 75 km von der Landeshauptstadt entfernt. Wenngleich die Gemeinde zu den strukturschwachen Kommunen gehört, ist seit der politischen Wende viel passiert. Die Entwicklung des Dorfes wird vorangetrieben, nicht zuletzt durch das Wirken der engagierten Bürgermeisterin Barbara Klemmt (DIE LINKE).

Bürger und Verwaltung arbeiten eng zusammen, um Harmonie zwischen Wirtschafts-

entwicklung, Ortsgestaltung und Ökologie zu erreichen. Die Ergebnisse sind nachhaltig und umfassen alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche. In diesem Jahr feiert Wiesenburg sein 850-jähriges Bestehen. Die Um- und Aufbrüche, die Verluste, aber auch Chancen und Gewinne prägten die jüngste Geschichte. „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ ist für alle Vereine und Akteure ein stolz getragener Titel aus dem Landeswettbewerb 2007 und verpflichtendes Programm. Die Gemeinde investierte in Straßen

und Gehwege und in die Infrastruktur. Die Einwohner verschönerten Häuser und Vorgärten. Die Sanierung des Schlosses war das größte private Vorhaben. Eine wichtige Rolle spielt aber auch das neu geschaffene Zentrum vor dem Schloss mit Einzelhandelsmarkt, Arztpraxen und Sparkasse. Zahlreiche Wohnungen wurden modernisiert, die Turnhalle und ein Feuerwehrgerätehaus neu gebaut. Viele Vereine und Gemeinschaften bereichern das Leben in Wiesenburg. Der Kunstwanderweg, die Wiesen-

burger Kunsttage, der Blumenmarkt oder die Schlossparknacht sind weit über den Ort hinaus bekannt und einen Besuch wert. Der restaurierte Schlosspark, bedeutendstes Gartenbaudenkmal zwischen Wörlitzer Park und Park Sanssouci, zieht viele Touristen an.

Termine

27.-28. September, Belziger Höfefest, DIE LINKE in der Magdeburger Str. 22 mit Unterhaltung und Politik: Saxophonia, Kinderrockband „Kumpelkowski“, Confession the Blues (alle Samstag); am Sonntag politischer Frühschoppen und der Liedermacher Harald Wandel. Bücherbasar, Kinderbelustigung etc.

1. September, Weltfriedenstag, 11.00 Uhr Kranzniederlegung in Zehlendorf

2. September, 14 – 20 Uhr: Rathaus Zehlendorf, Teltower Damm Berlin, **Friedensfest der LINKEN** Steglitz-Zehlendorf, Kleinmachnow und Teltow mit viel Kultur, Ulrich Maurer u.a.

15. September, 10 – 12.30 Uhr: Offener Gedankenaustausch der Kommunistischen Plattform der Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming unter dem Thema: **„Wie viel Marx ist im Entwurf für das neue Programm der Partei DIE LINKE?“** ein. Mit Uwe Hicksch, Sprecher des Marxistischen Forums aus Berlin. **Haus der LINKEN, Alleestraße 3, 14469 Potsdam**

Kennen Sie Ihre Heimat?

Schreiben Sie uns, welches markante Bauwerk hier abgebildet ist. Unter den richtigen Einsendungen ermitteln wir unter Ausschluss des Rechtsweges den Gewinner von 50 Euro.

Schreiben Sie an: DIE LINKE.

Redaktion MML,



Str. der Einheit 53, 14806 Belzig. Einsendeschluss ist der 5. März 2011 (Poststempel). Gewinner der

Ausgaben 1 und 2/2011 waren Bernd Tuchel, Beelitz und Josef Drabek, Stahnsdorf.

ICH WILL MEHR ÜBER DIE LINKE WISSEN UND MÖCHTE:

- regelmäßig MITTELMARK.LINKS lesen
- Kontakt zu einer Gruppe der Partei in meiner Nähe
- nähere Informationen der Partei zu _____
- Mitglied der Partei DIE LINKE werden.
- Partei und Zeitung mit einer Spende unterstützen.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

Plz./Ort: _____

Tel./Fax/e-Mail: _____

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE.Potsdam-Mittelmark
V.i.S.d.P.: Dr. Wolfgang Erlebach
 Str. der Einheit 53, 14806 Belzig
 Tel.: 033841/32547 * Fax: 033841/43880
Redaktion: Udo Böhlefeld, Reinhard Frank, Wolfgang Erlebach
<http://www.dielinke-pm.de>
 E-Mail: mml@dielinke-pm.de
 Twitter/Facebook: MittelmarkLinks

Auflage: 5000

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Oktober. Redaktionsschluss ist der 14.09.11.

Druck: Layoutwerbung, Brandenburg/Havel
www.layoutwerbung.de

Bitte einsenden an: Die Linke-Redaktion MML, Str. der Einheit 53, 14806 Belzig.